

Wolfgang Kraushaar

Vom Philosemitismus zum Antizionismus

Der Sechs-Tage-Krieg als Vehikel für eine
180-Grad-Wendung

Seit inzwischen bereits mehreren Jahrzehnten wird die These vertreten, dass es in Reaktion auf den Sechs-Tage-Krieg vom Juni 1967 innerhalb der bundesdeutschen Linken einen abrupten Einstellungswandel gegenüber dem 1948 gegründeten Staat Israel gegeben habe. Sie kulminiert in der Behauptung, dass Teile der damaligen Neuen Linken in der Folge antiisraelisch, antizionistisch und in einigen ihrer radikalsten Ausformungen gar antisemitisch geworden seien, und wird insbesondere von Autorinnen und Autoren vertreten, die sich selbst dieser Linken zurechnen oder ihr zumindest nahestehen.¹ Diese Hypothese ist in der Literatur, die sich kritisch mit der Frage nach einem latenten bzw. offenen Antisemitismus in der Gesellschaft der alten Bundesrepublik auseinandersetzt, seit langem zum Allgemeinplatz geworden.

Gegenüber der damit einhergehenden Argumentationsfigur, dass es sich seinerzeit um einen ebenso abrupten wie überraschenden Gesinnungswandel zuvor pro-israelisch und überwiegend philosemitisch eingestellter Kräfte gehandelt habe, sind jedoch aus historischem Abstand einige Fragen angebracht. Sie lauten: Hat es im Sommer 1967 in den Reihen der bundesdeutschen Linken tatsächlich eine solche Wendung um 180 Grad gegeben? Falls sich diese Interpretation immer noch als zutreffend erweisen sollte, war der Sechs-Tage-Krieg dafür der Grund oder nur ein willkommener Anlass? Da keine Pauschalverurteilung der Linken insgesamt damit verbunden

¹ Vgl. Initiative Sozialistisches Forum: Ulrike Meinhof, Stalin und die Juden. Die (Neue) Linke als Trauerspiel. In: Dies.: Das Ende des Sozialismus, die Zukunft der Revolution. Analysen und Polemiken. Freiburg 1990, S. 119–166; Margit Reiter: „Ehrbarer Antisemitismus“ – „Hilfloser Antifaschismus“? Antizionismus und Palästina-Solidarität der Neuen Linken der BRD im Schatten der NS-Vergangenheit. Magisterarbeit. Universität Wien 1991; Martin W.Kloke: Israel und die deutsche Linke. Zur Geschichte eines schwierigen Verhältnisses. Zweite erweiterte und aktualisierte Auflage. Frankfurt am Main 1994; hier insbesondere das Kapitel „Der Junikrieg von 1967 als Auslöser einer partiellen antizionistischen Wende“ (S. 106–132).

wird – um welche Gruppen, Fraktionen oder Strömungen ging es dabei? Und vor allem: Stimmt die These als solche noch?

I.

Der Sechs-Tage-Krieg wird nach dem im Zuge des 1948 in Reaktion auf die Gründung des israelischen Staates ausgebrochenen Krieg und der sogenannten Suezkrise von 1956 auch als der dritte arabisch-israelische Krieg bezeichnet. Er war zweifelsohne ein Präventivschlag gegenüber Ägypten und den beiden anderen, mit dem Regime von Staatspräsident Gamal Abdel Nasser verbündeten arabischen Staaten Jordanien und Syrien.² Dass der Sechs-Tage-Krieg den Nahen Osten geopolitisch auf nachhaltige Weise verändert hat, hängt vor allem damit zusammen, dass es Israel nicht bei einem singulären militärischen Erfolg hat bewenden lassen wollen, sondern durch die Annexion der zuvor eroberten Gebiete des Gazastreifens, der Sinai-Halbinsel, des Westjordanlandes, der Golanhöhen und des Ostteils von Jerusalem sein Territorium beträchtlich ausgeweitet und damit seine Sicherheit gegenüber Angriffen von außen enorm verstärkt hat.

Die Aufmerksamkeit der in der Bundesrepublik aktiven Gruppierungen der Neuen Linken für den Krieg im Nahen Osten war zu dieser Zeit nur in eingeschränkter Form vorhanden. Die eigene Wahrnehmung war statt dessen auf ein Ereignis fixiert, das sich drei Tage vor Ausbruch des Sechs-Tage-Krieges in West-Berlin abgespielt hatte und später einmal für das eigene Land den Rang einer regelrechten historischen Zäsur einnehmen sollte. Am Rande einer Demonstration gegen den Schah von Persien, einem mit diktatorischen Vollmachten herrschenden Potentaten, war am 2. Juni 1967 ein friedlicher Demonstrant, der Student Benno Ohnesorg, aus nächster Nähe von einem Polizisten in Zivil, einem sogenannten Greifer, von hinten erschossen worden. Während zuvor verschiedene andere Konflikte noch im Rahmen der Universität mehr oder weniger versandet waren, entzündete sich in der

² Aus der Fülle an Literatur seien hier nur die folgenden Titel erwähnt: Jeremy Bowen: *Six Days. How the 1967 War Shaped the Middle East*. London 2003; Michael Oren: *Six Days of War: June 1967 and the Making of the Modern Middle East*. New York 2002; Tom Segev: *1967 – Israels Zweite Geburt*. München 2007; William Stevenson: *Werft sie ins Meer. Der Krieg der 100 Stunden. Israels Kampf um seine Existenz*. München 1967; Ernst Trost: *David und Goliath. Die Schlacht um Israel 1967*. Wien 1967.

1 Demonstration
gegen die Ermordung
Benno Ohnesorgs in
München



Studentenschaft durch den Tod eines Kommilitonen nicht nur ein Funke, sondern er sprang auch umgehend auf so gut wie alle westdeutschen Universitäten über. Innerhalb nur weniger Tage wurde eine bundesdeutsche Hochschule nach der anderen von Solidarisierungsakten ergriffen, die zunächst eine studentische Bewegung erzeugten, die schließlich in eine außerparlamentarische Opposition, die sogenannte APO, münden sollte.

Trotz dieser Fokussierung auf ein solches Zentralereignis spielte der unmittelbar bevorstehende Krieg im Nahen Osten eine Rolle, obgleich nur eine sekundäre. Warum das so war, hat mit Detlev Claussen ein Soziologe, der damals Mitglied im Frankfurter SDS war, im Nachhinein anschaulich beschrieben: „Vor der Paulskirche haben wir eine Lautsprecheranlage aufgebaut; ein Teil von uns SDS-lern will abends noch nach Berlin. Bis der Demonstrationzug ankommt, habe ich Gelegenheit, mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden meiner Organisation zu reden. Sein Buch über Vietnam wies ihn als Kenner internationaler politischer Zusammenhänge aus. Also frage ich ihn: ‚Wie sieht das mit Israel aus? Die Araber wollen die ins Meer werfen. Müssen wir nicht noch einmal diese Woche demonstrieren? Nicht nur gegen den Schah?‘ Pause. ‚Weißt Du, Genosse, Israel ist halt ein imperialistisches Land.‘“³ Das sollte wohl heißen, dass man allen Motiven zum

³ Detlev Claussen: Im Haus des Henkers. In: Dietrich Wetzels (Hg.): Die Verlängerung von Geschichte. Deutsche, Juden und der Palästina-Konflikt.

Trotz, die es für eine Solidarisierung mit dem jüdischen Staat wohl hätte geben können, für das bedrohte Land keine Unterstützungsaktionen veranstalten dürfe. Der eigene Antiimperialismus und die Solidarität mit den Ländern der Dritten Welt, denen man auch die arabischen Staaten und insbesondere die seit der Gründung Israels vertriebenen und in Flüchtlingslagern lebenden Palästinenser zurechnete, schienen das einem SDS-Mitglied offenbar zu verbieten.

Doch vereinzelt kam es wegen des drohenden oder bereits ausgebrochenen Sechs-Tage-Krieges durchaus zu Demonstrationen und Kundgebungen, durchweg zu Solidaritätsaktionen mit dem offenbar in Bedrängnis geratenen Staat Israel. So zogen etwa am 3. Juni in Frankfurt in einem Schweigemarsch 2.500 Menschen von der Universität zum Römerberg, um für „Frieden in Nahost“ zu demonstrieren. Auf der Schlusskundgebung traten die Redner sowohl für den Frieden im Vorderen Orient als auch für die ungeschmälernte Existenz des Staates Israel ein. Und am Abend des 6. Juni zogen rund tausend Studenten und Schüler mit Transparenten über den Berliner Kurfürstendamm, auf denen Losungen wie etwa „Unser Herz schlägt für Israel“ zu lesen waren. Nur wenige Stunden zuvor hatten sich in dem in der Charlottenburger Fasanenstraße gelegenen Jüdischen Gemeindehaus sogar 300 Studenten und Schüler versammelt, um sich freiwillig für einen zivilen Einsatz in Israel zur Verfügung zu stellen. Und selbst die später als Mitbegründerin der terroristischen *Rote Armee Fraktion* (RAF) bekannt gewordene Journalistin Ulrike



2 Friedensdemonstration in Frankfurt am Main am 3. Juni 1967

Frankfurt am Main 1983, S. 113–125, hier: S. 115. Claussen zieht aus der Episode die Schlussfolgerung: „Der Junikrieg passte nicht in unser Weltbild.“ Bei dem von ihm erwähnten stellvertretenden SDS-Bundesvorsitzenden dürfte es sich um Peter Gäng gehandelt haben, der ein Jahr zuvor zusammen mit Jürgen Horlemann in der *edition suhrkamp* eine vielbeachtete Studie zur Vorgeschichte und sukzessiven Eskalation des Vietnamkonflikts publiziert hatte: *Vietnam. Genesis eines Konflikts*. Frankfurt am Main 1965.

Meinhof ließ in einer ihrer monatlich in der Zeitschrift *konkret* erscheinenden Kolumnen keinen Zweifel daran aufkommen, wem in dieser Situation die Solidarität gebühre. „Es gibt für die europäische Linke“, schrieb sie, „keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein“⁴. Die Linke unterscheide sich vom Kartell der bloßen Interessenten und bürgerlichen Philosemiten – wie etwa den in ihren Augen als perfide bezeichneten, von Presseorganen des Axel-Springer-Verlags wie der *Bild*-Zeitung gezeigten Sympathiereflexen – durch ein Bewusstsein von der deutschen Geschichte. Doch in ihrer rigiden Abgrenzung von den angeblich falschen Freunden Israels tauchte mit der Behauptung, dass es den USA einzig und allein um die strategische Funktion Israels für den von ihr unterstellten imperialistischen Gesamtzusammenhang im Nahen Osten gehe, bereits jenes von Peter Gäng verwendete Argument auf, das sich in der Folge noch als das für die radikale Linke zentrale Kritikschemata herauskristallisieren sollte.

Was das bedeuten konnte, zeichnete sich bereits auf gespenstische Weise ab, als am 10. Juli Herbert Marcuse zu seiner mehrtägigen Vortragsreihe über „Das Ende der Utopie“ in West-Berlin eintraf. Im Auditorium maximum der Freien Universität wurde er von den 2.500 Zuhörern geradezu wie ein Messias empfangen. In seinen Vorträgen ging es um den Spätkapitalismus, die Dritte Welt und die Gewaltfrage. Ihnen folgten Podiumsdiskussionen, an denen sich nicht nur kritische Parteigänger wie Rudi Dutschke und Jacob Taubes, sondern auch Kontrahenten wie Richard Löwenthal und Alexander Schwan beteiligten. Die aufgewühlte Situation war jedoch nicht nur durch den Schock geprägt, den der tödliche Schuss auf Benno Ohnesorg ausgelöst hatte, sondern eben auch durch die nach dem Sechs-Tage-Krieg völlig veränderte Lage im Nahen Osten.

Marcuse warf den Teilnehmern am 13. Juli in seinem abschließenden Vortrag explizit vor, den Nahostkonflikt zu verdrängen, und ließ es sich nicht nehmen, selbst ausführlich darauf einzugehen. Zwar geizte er einerseits nicht mit Kritik an der Behandlung der Palästinenser durch Israel, andererseits jedoch ließ er keinen Zweifel daran, dass begangenes Unrecht

⁴ Ulrike Meinhof: Drei Freunde Israels. In: konkret 7 (Juli 1967), S. 2. Wiederabgedruckt in: Dies.: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Aufsätze und Polemiken. West-Berlin 1980, S. 100f.

nicht durch noch größeres Unrecht, womöglich die Zerstörung Israels, gutgemacht werden könne. „Sie werden verstehen“, erklärte er vor den zweieinhalb tausend Zuhörern, „dass ich mich in einer sehr persönlichen und nicht nur persönlichen Weise mit Israel solidarisch und identisch fühle“⁵. Israel sei zum Fluchtort für die von Verfolgung bedrohten Juden geworden, der nicht zur Disposition gestellt werden dürfe.

Der nachfolgende Redner war kein Geringerer als der Soziologiestudent Rudi Dutschke, jener charismatische Redner, der die beginnende Revolte wie kein zweiter repräsentieren und im Nachhinein geradezu personifizieren sollte. Doch er wechselte sofort das Thema und sprach stattdessen über Che Guevara, den Vietnamkrieg und die Rolle der Großmächte. Auch kein anderer nahm das die internationalen Schlagzeilen immer noch beherrschende Thema auf. Es gab offenbar niemanden, der auf dieses ganz unmissverständliche Bekenntnis des von ihnen so bewunderten Sozialphilosophen eingehen wollte oder überhaupt nur den Mut dazu gehabt hätte, dies zu tun. Die von Marcuse so dezidiert aufgeworfenen Themen Antisemitismus und Judenvernichtung, Israel und Palästina blieben jedenfalls ohne irgendein Echo. Und das dürfte alles andere als Zufall gewesen sein.

Denn der Bundesvorstand des *Sozialistischen Deutschen Studentenbunds* (SDS) hatte schon am 3. Juni einen von dem Marburger Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth verfassten Offenen Brief veröffentlicht, in dem dieser zu begründen versuchte, warum die Linke eher auf der Seite der arabischen Staaten als auf der Israels zu stehen habe: „Im Weltmaßstab gesehen“, hieß es dort, „ist leider eine Situation entstanden, in der die Gesamtinteressen der kolonialen Revolution, der sozialistischen Länder und auch des revolutionären Flügels der internationalen Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern stärker mit den arabischen Staaten als mit den Interessen Israels übereinstimmen“⁶. Das Land, das einen Präventivkrieg vom Zaun gebrochen habe, erscheine nun „als Vortrupp amerikanischer imperialistischer Interessen“. Damit

⁵ Horst Kurnitzky, Hansmartin Kuhn (Hg.): Das Ende der Utopie. Herbert Marcuse diskutiert mit Studenten und Professoren Westberlins an der Freien Universität Berlin über die Möglichkeiten und Chancen einer politischen Opposition in den Metropolen in Zusammenhang mit den Befreiungsbewegungen in den Ländern der Dritten Welt. West-Berlin 1967, S. 139.

⁶ Zitiert nach: Berthold Simonsohn: Der Nahost-Konflikt und die Verwirrung der Linken. In: DISKussion 23 (Oktober 1967), S. 9.



3 Anti-Israel-Demonstration

war in der Auseinandersetzung um den Nahostkonflikt auch hier bereits jene Kategorie ins Spiel gebracht worden, die in der Folge ideologisch-weltanschaulich noch von ausschlaggebender Bedeutung werden sollte: die des Imperialismus.⁷

Der Frankfurter Sozialpädagoge und Auschwitz-Überlebende Berthold Simonsohn beklagte sich später über die von Abendroth und implizit offensichtlich auch vom SDS-Bundesvorstand eingenommene Position und bezeichnete es als „ein traumatisches Erlebnis“, dass von vielen, die sich als Friedensfreunde und Internationalisten bezeichneten, „die Möglichkeit eines Völkermordes zumindest in Kauf genommen“ worden sei.⁸ Der ehemalige Leiter der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland ging in seiner Verurteilung solcher im Schwange befindlicher Positionen sogar soweit zu behaupten, ihre Vertreter liefen Gefahr, „... objektiv zu Helfern der Testamentsvollstrecker Hitlers zu werden“⁹. Für ihn jedenfalls schienen damit in gewisser Weise die Grundlagen seiner Nachkriegsexistenz in Deutschland aufgekündigt worden zu sein.

⁷ Der polnisch-israelische Historiker Simcha Flapan hat in seiner Auseinandersetzung mit dem Trotzki-Biographen Isaac Deutscher die verheerende Rolle dieser Kategorie besonders hervorgehoben: „Was heute Israel wie ein Fluch heimsucht, ist der Mythos und das Image des ‚imperialistischen Agenten‘. [...] Der Anti-Zionismus ist der ‚Anti-Imperialismus von Idioten‘ geworden.“ Simcha Flapan: 5. Juni 1967 – Der arabisch-israelische Krieg (Eine Antwort an Isaac Deutscher). Frankfurt am Main 1969, S. 35.

⁸ Simonsohn: Der Nahost-Konflikt (wie Anm. 7), S. 9.

⁹ Ebenda, S. 12.

II.

Was die Weigerung, sich auf der größten damals zur Verfügung stehenden politischen Bühne, die das Auditorium maximum im Henry-Ford-Bau der FU für die Neue Linke zweifelsohne darstellte, für eine Solidarisierung mit Israel auszusprechen, in der Folge bedeutete, sollte sich gerade auf jener SDS-Delegiertenversammlung verraten, die der antiautoritären Fraktion um Dutschke herum im September 1967 erstmals eine Mehrheit im linksradikalen Hochschulbund bescherte. Mit der auf der XXII. ordentlichen SDS-Delegiertenkonferenz im Frankfurter Studentenhaus zwar nicht verabschiedeten,¹⁰ jedoch zur Arbeitsgrundlage erhobenen Resolution „Der Konflikt im Nahen Osten“ schlug die wichtigste Organisation links von der SPD einen Kurs ein, der sich nur als strikt antizionistisch bezeichnen ließ. Die Heidelberger und die Frankfurter Hochschulgruppe hatten zuvor die Initiative übernommen und die Debatte über die veränderte Lage im Nahostkonflikt angezettelt.

Bereits mit den ersten Sätzen wurde eine politökonomisch reduzierte Perspektive eingeschlagen, aus deren Vorgaben es in der darauf folgenden Klärung der politischen Fragen kaum noch ein Entrinnen zu geben schien. Zunächst wurde postuliert, dass der Nahostkonflikt nur aus der Profitmaximierungslogik bestimmter Erdölkonzerne verstanden werden könne: „Der Krieg zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn kann nur auf dem Hintergrund des antiimperialistischen Kampfes der arabischen Völker gegen die Unterdrückung durch den angloamerikanischen Imperialismus analysiert werden. Auf der arabischen Halbinsel liegen die reichsten und profitabelsten Ölquellen der Welt. [...] Über 70 % der arabischen Ölproduktion befindet sich in Händen angloamerikanischer Konzerne.“¹¹ Nur durch eine Nationalisierung der Erdölproduktion und die „Schaffung eines einheitlichen Arabischen Ostens“ sei die Voraussetzung für eine Überwindung des israelisch-arabischen Konflikts zu schaffen. Eine arabische

¹⁰ Nach Darstellung des früheren Berliner SDS-Landesvorsitzenden Dr. Tilman Fichter war es vor allem Rudi Dutschke, der seinen ganzen Einfluss hatte geltend machen müssen, um eine Verabschiedung zu verhindern. Gespräch mit dem Verfasser am 12. August 2005.

¹¹ „Der Konflikt im Nahen Osten“. In: Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (Hg.): Die XXII. ordentliche Delegiertenkonferenz des SDS (Resolutionen und Beschlüsse). Frankfurt am Main o.J. [1967], S. 48–54, hier S. 48.

Homogenisierung des Nahen Ostens jedoch, so wäre hier bereits einzuwenden gewesen, hätte auf eine Auflösung des Staates Israel hinauslaufen müssen.

Die impliziten Stichworte zur Charakterisierung der israelischen Politik lauteten Kolonialisierung, Aggression und Expansion: „Zionistische Kolonisierung Palästinas hieß und heißt bis heute: Vertreibung und Unterdrückung der dort lebenden eingeborenen arabischen Bevölkerung durch eine privilegierte Siedlerschicht. [...] Die gegenwärtigen Annexionspläne des zionistischen Kapitalismus haben den letzten Zweifel am reaktionären Charakter Israels beseitigt.“¹² Der Zionismus wurde hier unter völliger Nichtbeachtung seiner historischen Entstehungsbedingungen mit Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus gleichgesetzt. Das war eine an Eindeutigkeit kaum noch zu überbietende Feinderklärung an den Staat Israel und die dort lebenden jüdischen Bürger.

Die SDS-Grundposition lautete von nun an: „Die Anerkennung des Existenzrechts der in Palästina lebenden Juden durch die sozialrevolutionäre Bewegung in den arabischen Ländern darf nicht identisch sein mit der Anerkennung Israels als Brückenkopf des Imperialismus und als zionistisches Staatsgebilde. [...] Nur der Aufbau einer revolutionären sozialistischen Bewegung mit dem Ziel der Überwindung des Imperialismus und der von ihm gezogenen Grenzen und die Errichtung einer einheitlichen arabischen sozialistischen Republik, die über eine gemeinsame Politik mit einem sozialistischen Israel zur territorialen Integrität gelangt, kann einen dauerhaften Frieden im Nahen Osten bringen.“¹³ Die Stichworte lauteten auf der einen Seite Imperialismus und Kolonialismus und als vermeintlicher Gegenentwurf dazu auf der anderen Anti-Imperialismus und Sozialismus. Unter dem Schutzschild derartig abstrakter Großkategorien, die vordergründig eine programmatische Herrschaftskritik zu verbürgen schienen, beabsichtigte man, sich gegen naheliegende Vorwürfe, dass es beim Antizionismus in Wirklichkeit um nichts anderes als die Wiederauferstehung des Antisemitismus gehe, gleichzeitig immunisieren zu können.

So wie mit dem SDS die Hochschulgruppe der SPD seit Anfang der fünfziger Jahre eine regelrechte Vorreiterrolle für die Wiedergutmachung der Nazi-Verbrechen am jüdischen Volk

¹² Ebenda, S. 49.

¹³ Ebenda, S. 53.

und die Anerkennung des Staates Israel gespielt hatte,¹⁴ so nahm sie nun – nachdem sie 1961 wegen ihrer Annäherung an die SED aus der Mutterpartei hinausgeworfen worden war – auf einmal die Aufgabe einer Avantgarde für die um staatliche Unabhängigkeit kämpfenden Palästinenser wahr. Doch war das auch tatsächlich ein Kurswechsel um 180 Grad?

Würde man zuvor verabschiedete Beschlüsse und Positionspapiere des 1946 gegründeten SDS miteinander vergleichen, in denen es um Israel und den Nahen Osten ging, dann kann man sich dieses Eindrucks jedenfalls kaum verwehren. Die im September 1967 eingenommenen Positionen scheinen jenen aus der Zeit zuvor diametral zu widersprechen. Andererseits jedoch spricht vieles für die Annahme, dass damit nur die offizielle, nach außen gerichtete Haltung zum Ausdruck gebracht wurde, nicht aber die interne, die sich dann nach dem Sechstage-Krieg so scheinbar eruptionsartig Luft verschaffte. Denn es hatte sich bereits seit Längerem abgezeichnet, dass in der SDS-Hochburg West-Berlin und einigen anderen seiner Hochschulgruppierungen eine grundlegende Veränderung in Gang gekommen war. Die Radikalisierung, die sich seit 1965 im Kontext der Proteste gegen den Vietnamkrieg und der allgemeinen Identifikation mit dem Vietcong und den sogenannten Befreiungsbewegungen der Dritten Welt insgesamt durchzusetzen begonnen hatte, führte ganz offenbar auch zu einer Neubewertung des Nahostkonflikts und der Haltung zu Israel. Anders jedenfalls lässt sich nicht nachvollziehen, dass sich der Bundesvorstand des SDS bereits vor Ausbruch des Sechstage-Krieges einer Solidarisierung entzogen bzw. sie geradezu blockiert hat. Es spricht jedenfalls vieles für die Annahme, dass der israelische Präventivschlag gegen Ägypten sowie die beiden anderen arabischen Staaten und der sich rasch abzeichnende militärische Erfolg verbunden mit den weitreichenden Gebietsannexionen im SDS bereits vorhandene Änderungsprozesse beschleunigt haben und dass der Krieg letztlich nur das Ventil für den als spektakulär wahrgenommenen Kurswechsel gewesen ist.

¹⁴ Zu nennen wäre hier insbesondere ihre Rolle im Zusammenhang mit der 1952 von Erich Lüth und Rudolf Küstermaier gestarteten Wiedergutmachungsinitiative „Friede mit Israel“. Die pro-israelische Haltung hatte sich zudem in zahlreichen Kontakten, insbesondere in der Beteiligung an Besuchsdelegationen und Kibbuz-Aufenthalten niedergeschlagen und war zum Teil auch in Israel selbst jahrelang als Vorreiter für eine in Westdeutschland eingeschlagene Politik der Aussöhnung verstanden worden.

III.

Der SDS mochte zwar so etwas wie der Motor der damaligen außerparlamentarischen Bewegung gewesen sein, er war aber keineswegs repräsentativ oder gar gleichbedeutend mit der bundesdeutschen Linken in ihrer Gesamtheit. Nicht nur weil sich schon die studentische Linke in zahlreiche Gruppierungen aufspaltete, sondern auch weil für die sozialdemokratische wie die gewerkschaftliche Linke derartige Positionen, wie sie der SDS nun einzunehmen bereit war, weder in kategorialer Hinsicht noch in ihrer konkreten antiisraelischen Zuspitzung in Frage kamen. Die linke bzw. die sich als sozialistisch begreifende Gegenposition zu der im SDS vertretenen ließ nicht lange auf sich warten.

Es war eine „Gemeinsame Erklärung von 20 Vertretern der deutschen Linken zum Nahostkonflikt“¹⁵, die sich von der antiisraelischen Wendung ganz unmissverständlich absetzen wollten. Zu ihnen gehörten solch prominente Persönlichkeiten wie der Tübinger Philosoph Ernst Bloch, der Frankfurter Politologe Iring Fetscher, der Berliner Theologe Helmut Gollwitzer, der Kölner Soziologe René König und der Frankfurter Psychologe Alexander Mitscherlich, aber auch die Schriftsteller Alfred Andersch und Uwe Johnson sowie die Jahre später in ihrem Verhältnis zu Israel selbst in Misskredit geratenen Günter Grass und Martin Walser. Bereits in der Einleitung dieser von zwei Philosophen, dem aus Zürich stammenden Ernst Erdös und dem an der Freien Universität lehrenden Michael Landmann, verfassten Erklärung wurde darauf insistiert, dass Links-Sein eine gegen Israel gerichtete Haltung von Vornherein ausschliesse und sich stattdessen dadurch auszeichnen müsse, für die „ungefährdete Existenz“ des bedrohten Staates einzutreten. Durch die von den arabischen Staaten erklärte „Absicht des Genozids“ sehe sich der internationale Sozialismus, auf den sich ja auch Wolfgang Abendroth, wenn auch eher in gegenteiliger Absicht, zu berufen versucht hatte, deshalb „zu einer Stellungnahme für die Existenz des Staates Israel“ herausgefordert.

Bemerkenswert an dieser Erklärung war jedoch nicht einfach die Einnahme einer konkreten Gegenposition, sondern vor allem auch eine umfangreiche und differenzierte Ausein-

¹⁵ Gemeinsame Erklärung von 20 Vertretern der deutschen Linken zum Nahostkonflikt. In: Neue Deutsche Hefte 117, 1 (1968), S. 103–120.

andersetzung mit den zentralen innerhalb des SDS gegen Israel gerichteten Vorwürfen. In fünf Abschnitten wurden insbesondere die Thesen vom „neokolonialistischen Zionismus“ und vom „imperialistischen Israel“ einer kritischen Überprüfung unterzogen und als unhaltbar zurückgewiesen. Eine der Fragen, die sich den Unterzeichnern angesichts der Parteinahme der radikalen Linken für die Palästinenser am Ende stellten, lautete: „Wird hier der Antiimperialismus zum Ventil des uneingestanden Antijudaismus?“ Schon ihre Übereinstimmung mit Positionen der extremen Rechten sollte – wie mahnend betont wurde – ihr zu denken geben.

IV.

Zumindest innerhalb der damaligen APO schienen sich aber die vom SDS eingenommenen Positionen seit dem Herbst 1967 im Vormarsch zu befinden. Doch wie lässt sich der radikale im Sommer 1967 vollzogene Wandel von entschiedenen Israel-Befürwortern zu expliziten Israel-Gegnern sowie Parteigängern der Palästinenser erklären? Wie ist vorstellbar, dass aus erklärten Antifaschisten überzeugte Antizionisten, wenn nicht gar Antisemiten werden konnten?

Bei alledem, was sich in den Reihen der radikalen Linken in Reaktion auf den Sechs-Tage-Krieg an tektonischen Verschiebungen abzuzeichnen begonnen hatte und nun wie ein überraschendes Coming Out des Antizionismus ans Tageslicht zu kommen schien, dürften auch psychologische Faktoren eine große Rolle gespielt haben. Die Solidarisierung mit den Palästinensern etwa bot jungen Deutschen die Möglichkeit, die Verbrechen des eigenen Landes entweder zu neutralisieren oder aber ganz zu überblenden. Je martialischer Israel bei seinen militärischen Aktionen in Erscheinung trat, umso leichter wurde es und scheint es noch immer zu sein, das Land als solches als Aggressor abzustempeln und die Erinnerung an den Holocaust und die jüdischen Opfer in den Hintergrund zu drängen. Das alles dürfte für die Generationen der Nachgeborenen eine entlastende Funktion gehabt haben. Daher könnte es auch in manchen ihrer Kreise so verbreitet gewesen sein, dass man Israel mit dem NS-Regime und sein Militär mit der Deutschen Wehrmacht oder gar der SS auf eine Stufe stellte. Im Zentrum der Palästina-Begeisterung wird insofern vermutlich eine verdeckte Form der Selbstrechtfertigung gestanden haben, ganz nach dem Motto: Seht her, was in unserem eige-

nen Namen von der Generation unserer Eltern an Verbrechen begangen oder geduldet oder nur beschwiegen worden ist, kann so schlimm nicht gewesen sein, wenn das Land, das die Opfer des Holocausts als Kollektiv vertritt, nun selbst Verbrechen begeht.

Indem die von der Elterngeneration begangenen Verbrechen allein schon ihrer quantitativ wie qualitativ schier unermesslichen Dimension wegen die psychische Stabilität ihrer heranwachsenden Kinder gefährdeten, suchten diese zu einem Zeitpunkt nach Möglichkeiten, ihre Schuldgefühle auf andere abzuwälzen, als sie ihre eigenen Ich-Ideale ausbildeten. Eine in dieser Hinsicht einzigartige Gelegenheit bot sich scheinbar Teilen der jüngeren, sich als kritisch begreifenden Generation, als Israel in ihren Augen 1967 an den Palästinensern Unrecht beging. Damit konnte man dem Repräsentanten der Opfer etwas von jener Schuld aufbürden, die auf den Schultern der Eltern lastete und ihre Nachkommen so sichtlich überforderte.

In der Figur der Palästinenser bot sich zugleich ein Objekt der projektiven Identifizierung. Sich an ihre Seite zu stellen war so etwas wie der geheime Garant der eigenen Entlastung. Nicht umsonst hatte sich die damalige Neue Linke, wie von einem inneren Magnetismus getrieben – als hätte es keine naheliegenderen Herausforderungen gegeben –, auf den Nahostkonflikt kapriziert, sich mit den Palästinensern, insbesondere ihrer aggressivsten Organisationen, identifiziert und die Wurzel aller aufgetretenen Probleme bei den Israelis diagnostiziert. So konnten unverarbeitete psychische Probleme zum Motor eines vermeintlich politischen Projekts werden. Beim vielbeschworenen Frieden im Nahen Osten dürfte es aus dieser Sicht wohl in erster Linie um den inneren Frieden deutscher Aktivisten gegangen sein.

V.

Was folgte nun aber aus dem seit dem Sommer 1967 offen zu Tage getretenen Kurswechsel? So richtig sichtbar wurde das erst zwei Jahre später, als die außerparlamentarische Bewegung ihren Zenit bereits überschritten hatte. Als der israelische Botschafter Asher Ben-Nathan im Juni 1969 an der Frankfurter Universität unter dem Titel „Frieden in Nahost“ einen Vortrag zur israelischen Position halten wollte, stieß er in dem Hörsaal bezeichnender Weise auf erbitterten Widerstand. Es war ein Bündnis zwischen dem SDS und der *Generalunion Pa-*



4 Asher Ben-Nathan und Karl-Dietrich Wolff 1969 in Frankfurt

lästinensischer Studenten (GUPS), das den Protest organisiert hatte. Die aufgeheizte Stimmung schlug endgültig um, als der Botschafter die Existenz des Staates Israel und eine zionistische Politik als Selbstverständlichkeiten bezeichnete. Als sich Ben-Nathan weigerte, der Aufforderung des ehemaligen SDS-Bundesvorsitzenden Karl Dietrich Wolff Folge zu leisten, eine frühere Bemerkung zurückzunehmen, in der er protestierende Studenten als „Neonazis“ bezeichnet hatte, ging sein Vortrag in Sprechchören unter. „Es würde“, erhob Ben-Nathan daraufhin seine Stimme, „ein geschichtliches Ereignis sein, wenn sie diese Diskussion heute Abend unmöglich machen. Dies nämlich ist in Deutschland das letzte Mal vor 34 Jahren geschehen.“¹⁶ Und genau das geschah.

Die Störung und der Abbruch der Vortragsveranstaltung mit dem israelischen Botschafter fand in der bundesdeutschen Presse ein großes, durchweg negatives Echo. Das Präsidium der *Deutsch-Israelischen Gesellschaft* (DIG) appellierte anschließend an alle Studenten, „sich geschlossen gegen die anti-israelische Agitation und den Meinungsterror der SDS-Gruppen zur Wehr zu setzen“. Es dürfe nicht so weit kommen, dass aus der deutschen Studentenschaft eine „neue Judenfeindschaft im Gewande des Antizionismus“ erwachse. Der SDS-Bundesvorstand wies in einer umfangreichen Presseerklärung den von verschiedener Seite erhobenen Vorwurf zu-

¹⁶ Frankfurter Rundschau vom 11. Juni 1969.

rück, die gegen die Äußerungen von Botschafter Ben-Nathan gerichteten Sprechchöre seien Ausdruck eines „Antisemitismus der Linken“ gewesen.¹⁷ Und in einer vom Allgemeinen Studentenausschuss (AStA), dem SDS, der GUPS und anderen Gruppierungen herausgegebenen Presseerklärung wurde einerseits zwar „für eine rationale Diskussion ohne Diskriminierung von Juden und Arabern“ geworben, andererseits aber der Zionismus als eine aus prinzipiellen Gründen inakzeptable Position dargestellt: „Denn wer von der Selbstverständlichkeit des Zionismus ausgeht, unterstellt einen rein jüdischen Staat, in dem Araber keinen Platz haben oder nur als Unterdrückte leben können [...] man muss Partei ergreifen, entweder für die zionistischen Unterdrücker oder für die jüdischen und arabischen sozialrevolutionären Kräfte.“¹⁸ Das war eindeutig und geradezu ein Signal, die Störaktionen weiter fortzusetzen.¹⁹

Doch es kam noch etwas anderes, weitaus Gefährlicheres hinzu. Nur wenige Wochen nach dem Frankfurter Eklat starteten etwa zwei Dutzend, aus verschiedenen Hochschulorten stammende SDS-Mitglieder vom Rhein-Main-Flughafen aus zu einem Flug in die jordanische Hauptstadt Amman, wo sie sich in einem in der Nähe gelegenen Lager der 1959 von dem PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat und anderen Palästinensern gegründeten Guerillaorganisation *El Fatah* militärisch drillen und ausbilden ließen.²⁰ Damit waren gewissermaßen die Voraussetzungen für eine antiisraelische Kampfgenossenschaft für die Begehung terroristischer Kommandoaktionen zwischen Palästinensern und jungen linksradikalen Bundesdeut-

¹⁷ Siehe Presseerklärung des Bundesvorstandes des SDS vom 12. Juni 1969. Aus: Archivalische Sammlung Wolfgang Kraushaar, Akte Universität Frankfurt Sommer-Semester 1969.

¹⁸ Presseerklärung des Allgemeinen Studentenausschusses, des SDS, der ISRACA und der GUPS, Frankfurt. Aus: Archivalische Sammlung Wolfgang Kraushaar, Akte Universität Frankfurt Sommer-Semester 1969.

¹⁹ In den Monaten darauf wurden auch weitere Vortragsveranstaltungen mit Ben-Nathan in Hamburg, Erlangen, West-Berlin, Köln und München von SDS-Mitgliedern und palästinensischen Studenten gesprengt bzw. zu stören versucht.

²⁰ Zu ihnen zählte auch der hier bereits erwähnte Frankfurter SDS-Aktivist Detlev Claussen, der zum engsten Umfeld des Adorno-Schülers und damals führenden SDS-Theoretikers Hans-Jürgen Krahl zählte und sich später als Verfasser verschiedener Antisemitismus-Studien einen Namen gemacht hat. Vgl. seine Studie: Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus. Frankfurt am Main 1987; und als Herausgeber: Vom Judenhass zum Antisemitismus. Materialien einer verleugneten Geschichte. Darmstadt 1987.

schen geschaffen worden. Die siebziger Jahre schienen in dieser Hinsicht jedenfalls nichts Gutes mehr verheißen zu können.

Was die formierende Phase in der antiisraelischen und zum Teil auch antijüdischen Frontstellung angezeigt hatte, kam dann unter den Vorzeichen eines sich mittlerweile herausbildenden linken Terrorismus erst richtig zum Ausbruch. Der Rubikon zwischen einer antizionistischen Haltung und einer antisemitischen Tat wurde am 9. November 1969 endgültig mit einem Bombenanschlag auf die Teilnehmer einer Gedenkfeier überschritten, bei der der jüdischen NS-Opfer gedacht werden sollte.²¹ Am 31. Jahrestag des Nazi-Pogroms wollten Mitglieder der ersten Gruppierung, die aus der Studentenbewegung hervorgegangen war, nach einer militärischen Ausbildung durch Palästinenser in den Untergrund abtauchte und sich nach südamerikanischem Vorbild *Tupamaros* nannte, die *Tupamaros Westberlin* (TW), für ein Fanal sorgen. Die Bombe versagte zwar, der Schock jedoch saß tief. NS-Überlebende hätten erneut Opfer werden sollen – diesmal durch die Kinder der Täter-Generation. Der Bombenleger, ein jüngerer Bruder des ehemaligen Berliner SDS-Vorsitzenden Tilman Fichter, hatte zeitweilig selbst zu jenen gehört, die sich mit Israel emphatisch solidarisierten. Um den jüdischen Staat zu unterstützen, hatte er sogar eine Zeit lang in einem Kibbuz gearbeitet.²²

Im Februar 1970 folgte ein Brandanschlag auf das Israelitische Gemeindehaus in München, dem sieben Holocaust-Überlebende zum Opfer fielen, dessen Täter zwar nicht überführt werden konnten, die aber nach Ansicht der Ermittler entweder unter den Mitgliedern der *Tupamaros München* (TM), einer Parallelorganisation der TW, oder in ihrem unmittelbaren Umfeld hätten zu suchen sein müssen.²³

In den Jahren darauf zeigte sich jedenfalls, dass die Kooperation zwischen bundesdeutschen Terroristen und palästinensischen Guerillaorganisationen wie der *Popular Front for the*

²¹ Vgl. Wolfgang Kraushaar: *Die Bombe im Jüdischen Gemeindehaus*. Hamburg 2005.

²² Wegen eines in einer Broschüre abgebildeten Fotos, in dem ein getöterter junger Palästinenser angeblich als „Esel“ verhöhnt worden war, hatte Albert Fichter 1967 seinen Kibbuz-Aufenthalt abgebrochen und sich seitdem als Antizionist verstanden. So jedenfalls seine nachträgliche Darstellung in: Kraushaar: *Die Bombe* (wie Anm. 22), S. 257.

²³ Vgl. Wolfgang Kraushaar: „Wann beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?“ München 1970: über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus. Reinbek 2013.

Liberation of Palestine (Volksfront für die Befreiung Palästinas, PFLP) Schritt für Schritt weiter ausgebaut wurde. Es gab auch Anzeichen dafür, dass selbst der im September 1972 während der Olympischen Spiele in München von einem Kommando des *Schwarzen September* auf die israelische Mannschaft verübte Überfall nicht ohne Unterstützung bundesdeutscher Helfer möglich gewesen wäre. Die Entwicklung kulminierte schließlich in einer Ende Juni 1976 von zwei Bundesdeutschen im Auftrag der PFLP orchestrierten Flugzeugentführung, die auf dem Flughafen der ugandischen Stadt Entebbe zu einer Selektion zwischen jüdischen und nichtjüdischen bzw. – die Aussagen der am Ende von der israelischen Luftwaffe Geretteten differieren in diesem Punkt voneinander – israelischen und nichtisraelischen Geiseln führte.

Was sich spätestens seit dem im Juni 1967 zugetragenen Sechs-Tage-Krieg an Antiisraelismus und Antizionismus manifestiert und in den Jahren darauf in einzelnen Schüben bis zu einem offenen Antisemitismus der Tat radikalisiert hatte, gehörte zu den bedenklichsten Ausformungen einer einst unter legitimen Vorzeichen gestarteten Protestbewegung, die in ihrer Hochzeit 1967/68 eine bemerkenswerte außerparlamentarische Opposition auf die Beine zu stellen in der Lage war. So weitreichend der Kurswechsel von pro-israelisch zu pro-palästinensisch eingestellten Aktivisten innerhalb dieses Spektrums auch gewesen sein mag, so sollte er dennoch keinen Grund dafür liefern, im Nachhinein alle damaligen Gruppen und Akteure pauschal zu verdächtigen und für die judenfeindlichen Losungen, Aktionen und Verbrechen sozusagen in Mithaftung zu nehmen. Es war in gewisser Weise ein Prozess der Abspaltung und der Potenzierung, der sich seinerzeit abgespielt und eine Minderheit innerhalb der radikalen Linken letztlich zu ihren Taten bewegen hat.²⁴

BILDNACHWEIS

Abb. 1 Privat
 Abb. 2 Archiv des
 Hamburger Instituts für
 Sozialforschung,
 Foto: Manfred A. Tripp
 Abb. 3 Privat
 Abb. 4 Keystone,
 Bildreferenznr. 5537600,
 Foto: Kurt Weiner

²⁴ Vgl. Wolfgang Kraushaar: Abspaltung und Radikalisierung. Zum Verhältnis von Antizionismus und Antisemitismus in der militanten Linken der Bundesrepublik. In: Matthias Brosch u. a. (Hg.): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*. Berlin 2006, S. 325–346.